

## Interview



## Newsletter

Der Schweizerische Städteverband gibt neu monatlich einen Newsletter heraus, der über die Haltung des Städteverbands zu wichtigen bundespolitischen Themen, Aktualitäten aus dem urbanen Raum sowie Verbandsaktivitäten informiert. Der Newsletter wird künftig elektronisch publiziert und kann unter [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch) abonniert werden.

## «Städtepolitik ist auch Bundespolitik»

Interview mit Marcel Guignard, Präsident des Schweizerischen Städteverbands und Aarauer Stadtpräsident.

**Die Stadt:** 75 Prozent der Bevölkerung wohnen in der Stadt, vier von fünf Arbeitsplätzen befinden sich in städtischen Agglomerationen. Auf Bundesebene dominieren Kantone und Randgebiete. Wie schätzen Sie den Einfluss der Städte ein?

**Guignard:** Wir haben an Einfluss gewonnen. So konnten wir dank unserer Lobbyarbeit in den letzten Jahren einige Erfolge erzielen. Jüngstes Beispiel dafür ist die Motion der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben, die eine gesetzliche Verankerung der Agglomerationspolitik zum Ziel hat. Denn Städtepolitik ist auch Bundespolitik. Trotzdem muss das Bewusstsein für die Anliegen der urbanen Schweiz im Parlament weiter geschärft werden. Deshalb wollen wir die Kommunikation verbessern. Wir verstärken das Verbandssekretariat mit ei-

nem Kommunikationsprofi. Davon erhoffen wir uns eine erhebliche Unterstützung und Entlastung der Verbandsspitze.

Sie haben die gesetzliche Verankerung der Agglomerationspolitik angesprochen. Was brächte ein solches Gesetz konkret?

Für uns ist es wichtig, dass sich der Bund vermehrt und aktiv den Problemen annimmt, die sich in städtischen Gebieten stellen. Wir haben einen Anspruch auf das Engagement des Bundes und wollen nicht einfach von seinem Wohlwollen abhängig sein. Damit wird die heute «freiwillige» Agglomerationspolitik zur gesetzlichen Daueraufgabe des Bundes. Dies gilt insbesondere für die Unterstützung der Modellvorhaben der Zusammenarbeit, die Unterstützung der Agglomerationsprogramme sowie – sehr wichtig – die bundesinterne Abstimmung der verschiedenen Sektoralpolitiken. Das Leben in einer Stadt lässt sich nicht in Sektoren einteilen. Es ist ein Ganzes, das Arbeit

und Freizeit, Schule und Beruf, Familien und Vereine, Kultur, Sport und Finanzen umfasst.

Vor 15 Jahren waren auf der föderalen Ebene fast ausschliesslich die Kantone Ansprechpartner des Bundes. Ist es den Städten gelungen, sich von den Kantonen zu emanzipieren?

Ein grosser Durchbruch war die Verfassungsrevision, als der Artikel 50 in der neuen Bundesverfassung eingeführt wurde. Darin wird der Bund verpflichtet, bei seiner Tätigkeit auch die Interessen der Städte zu berücksichtigen. Heute werden in den Vernehmlassungen die Städte konsultiert und haben eine wichtige Stimme. Weiter gibt es ja auch die tripartite Agglomerationskonferenz. In diesem Forum aller drei Ebenen – Bund, Kantone, Gemeinden – findet ein Austausch über wichtige Themen statt.



## Interview

Können Sie bei der tripartiten Agglomerationskonferenz konkrete Ergebnisse vorweisen?

Ja, beispielsweise ist sie sehr aktiv in der Integrationspolitik. Wir brachten unsere Anliegen im Integrationsbericht des Bundes ein. Ein neues Thema ist die Jugendgewalt, die die Städte sehr stark beschäftigt. Die Konferenz zeigt die Probleme auf und sucht Lösungen.

Findet sie auch Lösungen?

Dank der tripartiten Agglomerationskonferenz setzen sich heute die Kantone intensiv mit den Problemen der urbanen Räume auseinander. Partnerschaftlich haben wir Empfehlungen für die Zusammenarbeit in den Agglomerationen erarbeitet. Auch in einzelnen Sektoralpolitiken zeitigt die Zusammenarbeit Erfolge. Die neue Integrationspolitik des Bundes arbeitet nicht mehr vornehmlich mit isolierten Massnahmen, sondern mit Lösungen, welche alle Lebensbereiche umfassen. Für die Entwicklung einer neuen Raumordnung unseres Landes wurde unter der Leitung von Bundesrat Moritz Leuenberger ein Gremium eingesetzt, in dem Bund, Kantone, Städte und Gemeinden paritätisch zusammenarbeiten.

Wie ist heute das Verhältnis der Städte zu den Kantonen?

Die Kantone verstehen sich immer noch als souveräne Staaten innerhalb des Bundesstaates. Aber in letzter Zeit habe ich einen gewissen Sinneswandel festgestellt. Die Gesprächsbereitschaft hat sich erhöht. Ich glaube, die Erkenntnis wächst, dass sich die sozioökonomi-

schen Räume mit der Struktur der Politik oftmals nicht decken. Die Probleme machen nicht Halt an den Kantonsgrenzen.

Wichtiges Thema ist der Verkehrs- und Energiebereich. Worauf müssen die Städte ein Auge haben?

Der Markt öffnet sich immer mehr, und es stellt sich die Frage der Marktauglichkeit der Akteure. Rein politisch gesteuerte sind weniger gerüstet als verselbständigte Unternehmen. Beispielsweise im Energiebereich gehören die meisten Werke den Städten. Da stellt sich die Eigentumsfrage. Von der Organisationsstruktur müssen beweglichere Formen geschaffen werden wie beispielsweise eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt oder eine Aktiengesellschaft. Bei den Verkehrsbetrieben ist es ähnlich. Hier müssen die politischen Behörden im Interesse des Service public gute Leistungsverträge mit den verselbständigten Unternehmen abschliessen. Auftrag und allfällige Sanktionen bei Nichterfüllung müssen verbindlich formuliert werden.



Einer der grössten Erfolge der letzten Jahre ist sicher der Infrastrukturfonds?

Ja, diese sechs Milliarden sind von grosser Bedeutung für die Städte und die Agglomerationen. Beim Kampf für diesen Fonds wurde auch klar, dass wir nicht

nur die Grossstädte, sondern auch die mittleren und kleineren Städte vertreten müssen. Klar sind die Interessen und Probleme nicht immer die gleichen. Auf der anderen Seite mussten wir auch Allianzen mit den Berg- und Randregionen schmieden. Glücklicherweise konnten die unterschiedlichen Interessen erfolgreich gebündelt werden.

Wurde der Konflikt zwischen den Städten und den im Gemeindeverband organisierten Gemeinden betreffend Zentrumslasten entschärft?

Ja, das ist aber vorab auf die gute Konjunktur zurückzuführen. Zurzeit geht es den Städten finanziell besser, weshalb auch dieses Problem weniger aktuell ist. Die Zentrumsstädte leisten aber zweifellos sehr viel für ihre Nachbarn.

Die Agglomerationen dehnen sich immer mehr aus. Kann man davon ausgehen, dass es irgendwann nur noch einen einzigen Verband, den Agglomerationsverband, geben wird?

Ich glaube nicht, dass ich das noch erleben werde. Es gibt zwar heute immer mehr Gemeindefusionen, insbesondere Fusionen von Agglomerationsgemeinden mit Zentrumsstädten. Diese passieren aber nicht von heute auf morgen. In Lugano ging es relativ rasch. Dies wird indessen

nicht überall der Fall sein. Wenn es so weit kommen wird, dass die Agglomerationsgemeinden mit den Kernstädten zusammenwachsen, dann wird sich auch die Struktur des Städteverbandes verändern. Aber die Zahl der Menschen, die der Städteverband vertritt, die bleibt dieselbe.



## Interview

Ist eine Fusion mit dem Gemeindeverband denn kein Thema?

Wir suchen meistens die Kooperation mit dem Gemeindeverband. In einem Zusammenschluss der Verbände sehe ich im heutigen Zeitpunkt keinen politischen Nutzen. Selbst innerhalb des Städteverbands, in dem 125 Städte organisiert sind, haben wir keine Einheitsmeinung. Die Interessen der grossen und der kleinen Städte sind teilweise sehr unterschiedlich. Wir müssen schauen, wie es auf Dauer möglich ist, all diese Interessen unter einen Hut zu bringen.



Zum Beispiel?

Nehmen wir die Jugendgewalt. Dieses Problem ist in Zürich vom Ausmass her zwar grösser, aber es gibt sie auch in Aarau oder Liestal. Es macht keinen Sinn, nur wegen der Grössenordnung die Probleme verschieden anzugehen. Es macht auch wenig Sinn, den Städteverband in einen Teil Grossstädte und in einen Teil mittlere und kleinere Städte aufzusplitten. Wir würden auf Bundesebene nur an politischer Durchschlagskraft verlieren. Von den insgesamt rund 7,5 Millionen Menschen in der Schweiz lebt vielleicht ein Viertel in den ganz grossen Städten. Und diese sind im Vorstand des Verbandes sehr gut vertreten.

Welches sind Ihre häufigsten Koalitionspartner?

Eindeutig die Kantone. Wir haben regen Kontakt mit den jeweiligen kantonalen Direktorenkonferenzen. Wo möglich, ziehen wir am selben Strick. Wo es Differenzen gibt, schauen wir diese an. Wir arbeiten aber auch mit dem Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr (Litra) und dem Verband öffentlicher Verkehr (VÖV) zusammen.

Was sind die grössten Herausforderungen für die Städte?

Sicherheit und Sauberkeit sind weit oben auf der Traktandenliste. Verwahrloste, dreckige Städte beeinträchtigen die Sicherheit. Deshalb ist es uns sehr wichtig, dass die Städte sauber gehalten werden. Gerade in letzter Zeit hat sich das Sauberkeitsproblem mit den immer zahlreicher werdenden Gratiszeitungen verschlimmert. Der Verband sucht Lösungen und ist an die Verleger und an den Verband Schweizer Presse gelangt.

Wichtig ist auch die Jugendgewalt. Da braucht es neue Instrumentarien. Schule, Berufsausbildner und Elternhaus müssen enger zusammenarbeiten. Alle Eltern müssen ihre Erziehungspflichten wahrnehmen. Auch die zahlreichen Vereine müssen Integrationsarbeit leisten. Die Polizei muss das Recht erhalten, Kampfgegenstände aller Art – etwa Messer, Schlagwerkzeuge – vorbeugend zu konfiszieren. Schliesslich muss die Justiz Vergehen rasch beurteilen.

Welchen Handlungsbedarf sehen Sie beim Sozial- und Fürsorgebereich?

Die Sozialversicherungen des Bundes dürfen nicht zu Lasten der kommunalen

Fürsorgeinstitutionen umgebaut werden. Man kann nicht bei den Sozialversicherungen sparen im Wissen darum, dass dann bei der örtlichen Sozialhilfe angeklopft wird. Im Verkehrsbereich müssen die notwendigen Infrastrukturen gebaut werden, damit der urbane Raum funktionieren kann. Deshalb muss der FinöV-Fonds aufgestockt werden.

Was ist Ihre Vision für den Städteverband?

Meine Vision ist, dass die Städte vom Bund in allen Teilen als gleichberechtigte Partner ernst genommen werden. Sie sind die wichtigsten Wirtschaftsmotoren, müssen sich aber gleichzeitig am intensivsten mit den grossen Gegenwartsproblemen auseinandersetzen. Und vergessen Sie nicht: Die Städte sind wichtige Identifikationspunkte. Es gibt bezeichnenderweise keinen kantonalen Fussballclub, sondern nur kommunale Vereine. Am meisten engagiert man sich eben für Angelegenheiten, die direkt vor der Haustüre stattfinden. Diese Tatsache sollte sich eines Tages auch in der Partizipation auf Bundesebene niederschlagen.



### Parlamentswahlen: Städtevertreter

Bei den Parlamentswahlen vom vergangenen Oktober wurden verschiedene amtierende und ehemalige Mitglieder von Stadtregierungen bestätigt oder neu gewählt

- Viola Amherd (CVP), Stadtpräsidentin von Brig
- Didier Berberat (SP), Exekutivmitglied von La Chaux-de-Fonds
- Dominique de Buman (CVP), ehemaliger Vizepräsident des Städteverbandes, alt Stadtpräsident von Freiburg
- Kurt Fluri (FDP), Stadtpräsident von Solothurn
- Ursula Haller (SVP), Exekutivmitglied von Thun
- Hans Stöckli (SP), Stadtpräsident von Biel
- Thomas Müller (CVP), Stadtpräsident von Rorschach
- Daniel Brélaz (Grüne), Stadtpräsident von Lausanne
- Olivier François (FDP), Exekutivmitglied von Lausanne

Neu in den Ständerat gewählt wurden Didier Burkhalter (FDP), ehemaliges Exekutivmitglied von Neuenburg, und Christine Egerszegi (FDP, AG), die einen kommunalpolitischen Hintergrund hat. Bestätigt wurde Hannes Germann (SVP, SH), Vizepräsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes.

In den kommenden Monaten stellen wir Städtevertreterinnen und -vertreter im Bundesparlament in loser Folge vor.

### Agglomerationspolitik ins Gesetz

Die Agglomerationspolitik soll nach dem Willen des Nationalrats schon bald über eine gesetzliche Grundlage verfügen. Er hat in der Herbstsession der Motion seiner Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) zugestimmt, die folgende Elemente ins Raumplanungsgesetz aufnehmen will:

- gesetzliche Verankerung der Agglomerationsprogramme,
- gesetzliche Regelung der Unterstützung der Modellvorhaben für die Zusammenarbeit in den Agglomerationen,
- Verpflichtung des Bundes, die Sektoralpolitiken zu koordinieren.

Damit kommt das Parlament – sofern der Ständerat zustimmt – einem langjährigen Anliegen des Schweizerischen Städteverbands nach.

### Stopp der Verschmutzung durch Gratiszeitungen

Die starke Zunahme der Gratiszeitungen führt in zahlreichen Schweizer Städten zu Sauberkeits- und Entsorgungsproblemen, zu Reklamationen aus der Bevölkerung und letztlich zu einer Belastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dies entspricht nicht dem im Umweltschutzgesetz verankerten Verursacherprinzip. In einem Schreiben ersucht deshalb der Schweizerische Städteverband die Verlegerverbände, eine Branchenlösung für eine saubere Entsorgung dieser Gratiszeitungen zu verwirklichen. Er weist auf die Branchenlösungen beim PET oder Aluminium sowie auf die vorgezogene Entsorgungsgebühr für das Altglasrecycling hin.

### Mehr Mittel für die Bahn!

Im Zusammenhang mit dringend nötigen Investitionen hat der Städteverband vom Bundesrat mehrmals die Aufstockung des Fonds für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (FinöV) um drei Milliarden Franken verlangt. Es ist nicht zulässig, die Bahninvestitionen im Mittelland wegen der steigenden Kosten der NEAT zu kürzen. Mit der einstimmigen Überweisung der Motion von Thomas Pfisterer (FDP, AG) verpflichtete der Ständerat in der Herbstsession den Bundesrat, rasch eine entsprechende Zusatzvorlage zu erarbeiten. Der Nationalrat hat das Geschäft noch nicht behandelt.

<http://www.staedteverband.ch/SSV/aktuell/pdf/verkehrmehrbahnnetz5-07.pdf>

### Feuerwehr 2015

Die Feuerwehrkoordination Schweiz (FKS) – eine Plattform der Kantone – hat ein Leitbild Feuerwehr 2015 entworfen. Grundsätzlich kann der Städteverband diesem Leitbild zustimmen, bringt aber einige Vorbehalte an: So ist der Feuerwehrbereich nach wie vor eine Grundaufgabe der Gemeinden, was im Leitbild zum Ausdruck kommen muss, ebenso das grosse Wissen und die Erfahrungen der städtischen Berufsfeuerwehren. Bei der Festlegung der Einsatzgebiete sind Interventionszeiten, Ausrüstung und die fachlichen Anforderungen zu berücksichtigen.

[www.staedteverband.ch/SSV/aktuell/pdf/Feuerwehr2015.pdf](http://www.staedteverband.ch/SSV/aktuell/pdf/Feuerwehr2015.pdf)





## Städtische Verkehrsbetriebe: Schritte in die Selbständigkeit

Angesichts der Öffnung der Verkehrsmärkte gibt es in verschiedenen Schweizer Städten Bestrebungen, die Verkehrsbetriebe in rechtlich separate Gesellschaften auszugliedern. Andere Städte wiederum sehen keinen Anlass, etwas an der heutigen Rechtsform zu ändern.

«Es besteht die Tendenz, die Verkehrsbetriebe als Teil der Verwaltung auszugliedern», sagt Peter Scheidegger von der Bahn- und Bus-Beratung 3B in Bern. Zürich und St. Gallen sind bekannte Beispiele, bei welchen der Bus- und Tram-betrieb immer noch Teil der Verwaltung ist. In der Stadt Basel hat der Souverän Anfang 2005 der Umwandlung der Basler Verkehrsbetriebe (BVB) in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt zugestimmt, und die «Transports publics de la région lausannoise» sind schon seit den 60er-Jahren eine privatrechtliche AG.

Die Stadt Bern hat erst kürzlich die Eigentümerstrategie für ihre Verkehrsbe-

triebe vorgestellt. Danach will die Stadt Eigentümerin von Bernmobil bleiben. Eine Änderung der öffentlich-rechtlichen Körperschaft in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft drängt sich nach der zuständigen Gemeinderätin Regula Rytz nicht auf. Trotzdem will sie abklären, ob bei den Agglomerationsgemeinden Interesse bestehe, sich an Bernmobil finanziell zu beteiligen. Sollte tatsächlich ein solches bestehen, müsste die Rechtsform geändert werden. Vor einigen Jahren war eine Fusion mit der RBS an der Rechtsform gescheitert.

Die Stadt Bern hat für Bernmobil ein Dotationskapital von 30 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Angesichts des anhaltenden Budgetdrucks in den Gemeinden ist es jedoch fraglich, ob diese finanzielle Mittel in Bernmobil einschies-sen wollen.

Nach Angaben von Peter Vollmer, Direktor des Verbands öffentlicher Verkehr (VÖV), können Mitwirkung und finanziel-

les Engagement der Agglomerationsgemeinden ohne Änderung der Rechtsform bewerkstelligt werden. Die Mitwirkung wird etwa sichergestellt, indem Vertreter der umliegenden Gemeinden im Verwaltungsrat Einsitz nehmen. Und das finanzielle Engagement kann über gesetzlich festgelegte Abgeltungen abgewickelt werden, wie das bereits heute der Fall ist.

Wenn auch nicht Privatisierung, so stehen für die stadtbernischen Verkehrsbetriebe so oder so Änderungen bevor: Bernmobil muss sich künftig der Konkurrenz stellen. Im Jahr 2011 werden einige Linien im Stadtgebiet ausgeschrieben. Ganz neu ist das Prozedere für Bernmobil allerdings auch wieder nicht. Als der Kanton die Buslinie zwischen Belp, Münsingen und Konolfingen ausgeschrieben hatte, erhielt Bernmobil den Zuschlag.

Für die «VBZ-Züri-Linie» ist diese Art Wettbewerb nicht neu. Schon 1996 gingen drei ausgeschriebene Linien an private Konkurrenten. Doch die VBZ ist entgegen dem allgemeinen Trend weder eine privatrechtliche Aktiengesellschaft noch eine öffentlich-rechtliche Anstalt, sondern Teil der Verwaltung. Und nichts deutet darauf hin, dass sich daran in absehbarer Zukunft etwas ändern könnte. Wie Renata Huber, Informationsbeauftragte des Departements der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich, erklärt, erhält die «VBZ Züri Line» in der Bevölkerung stets beste Noten. Getreu dem Motto «Never change a winning team» bestehe überhaupt kein Bedarf für eine Änderung. Die VBZ sind zwar Teil der Verwaltung, aber man erwartet von ihnen unternehmerisches Denken und Handeln.



## Städte

«Eine öffentlich-rechtliche Anstalt würde keine grössere Handlungsfreiheit gewähren», sagt Renata Huber. Denn die VBZ sind wie die anderen Verkehrsbetriebe des Kantons Partner des Zürcher Verkehrsverbunds (ZVV). Dieser – und nicht etwa die städtischen Behörden – entscheidet über das Fahrplanangebot und die

Im Wesentlichen gibt es für städtische Verkehrsbetriebe vier mögliche Rechtsformen:

- Dienststelle als Teil der Stadtverwaltung. Der Nachteil dieser Rechtsform besteht in der mangelnden unternehmerischen Freiheit, indem manches Geschäft, das normalerweise von einem Verwaltungsrat entschieden wird, durch die Legislative der Stadt abgesegnet werden muss (Zürich, St. Gallen)
- Die öffentlich-rechtliche Anstalt: Hier ist eine gewisse unternehmerische Freiheit gewährleistet. Die Stadt bleibt Eigentümer, doch der Verwaltungsrat verfügt über Entscheidungskompetenz. Andere Gemeinden können sich aber nicht direkt beteiligen (Bern, Basel).
- Die privatrechtliche AG: Einfachste Rechtsform, um mehrere Gemeinden finanziell beteiligen zu lassen (Lausanne, Solothurn, Aarau)
- Die öffentlich-rechtliche AG: Diese Rechtsform braucht ein eigenes Gesetz, wie beispielsweise bei den SBB.

Tarife. Auch an Investitionen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs leistet der Kanton namhafte Beiträge.

Ein anderes Extrem ist derzeit in Aarau zu beobachten. Der Busbetrieb Aarau (BBA) ist eine privatrechtliche AG, deren Aktien im Besitz der öffentlichen Hand sind. Nun wollen aber Kanton und Gemeinden die Aktien an private Investoren verkaufen. Allerdings ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Insbesondere die SP kündigte gegen dieses Ansinnen Widerstand an. Sie vertritt die Meinung, dass die öffentliche Hand diesen Service public besser garantieren könne als eine private Firma, die in erster Linie Gewinn erwirtschaften müsse.

## Verband



Renate Amstutz  
neue SSV-Direktorin

Der Vorstand des Schweizerischen Städteverbandes hat an seiner Sitzung vom 26. November 2007 Renate Amstutz zur neuen Direktorin des SSV gewählt. Sie löst den bisherigen Direktor

Die Entwicklung in Aarau könnte in anderen Städten eine Bremswirkung haben, zum Beispiel auch in Bern. Der Wandel von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine privatrechtliche bringt insofern Vorteile, als eine gerechtere Beteiligung unter den Agglomerationsgemeinden erzielt werden kann. Laut Peter Vollmer stemmt sich die politische Linke vor allem wegen der Personalverbände dagegen. «Es ist punkto Arbeitsplatzsicherheit und Lohnpolitik ein Unterschied, ob man bei einer privatrechtlichen AG oder einer öffentlich-rechtlichen Anstalt angestellt ist», sagt der VÖV-Direktor. Dies gilt erst recht, wenn die öffentliche Hand die Eigentümerrechte aus der Hand gibt.

Dr. Urs Geissmann ab, der in den Ruhestand tritt und wird ihr neues Amt am 1. Juli 2008 übernehmen. Frau Amstutz ist seit mehr als 10 Jahren Generalsekretärin der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern. Sie hat an der Universität Bern ihr Studium der Wirtschaftswissenschaften mit dem Lizentiat abgeschlossen und anschliessend in der Privatwirtschaft sowie in verschiedenen Funktionen bei den SBB gearbeitet. Die neu gewählte Direktorin ist verheiratet und lebt in Bern.





### Koordinierte Entwicklung der Infrastruktur

Im November führte die Unterorganisation des Städteverbands, die «Kommunale Infrastruktur», eine Tagung zum Thema öffentliche Infrastrukturen durch. Fazit: Eine moderne und gut unterhaltene Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass unser Land im internationalen Standortwettbewerb bestehen kann. Die Infrastrukturpolitik des Bundes, der Kantone sowie der Städte und Gemeinden muss jedoch enger koordiniert werden. Zudem sind die Management-Methoden zu professionalisieren und breiter verfügbar zu machen.

Referate der Tagung können Sie unter [www.staedteverband.ch/FES/Frame/fes.htm](http://www.staedteverband.ch/FES/Frame/fes.htm) herunterladen.

### Städtetag vom 28./29. August 2008 in Lugano

Der Vorstand des Schweizerischen Städteverbandes hat an seiner letzten Sitzung die Grundzüge des Programms des Städtetages vom 28./29. August 2008 in Lugano gutgeheissen. Als Vertreterin der Landesregierung wird Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zu den Delegierten sprechen. Die Tagung steht unter dem Thema: «Agglomerationen – Fusion oder Zusammenarbeit?». Die Delegierten werden Gelegenheit haben, sich vor Ort über die Fusion der Agglomeration Lugano zu informieren.

### Städteinitiative Sozialpolitik: Auf dem Weg zur Sozialen Stadt

Die Städteinitiative Sozialpolitik hat im November 2007 die Strategie 2015 «Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln» verabschiedet. Sie setzt damit auf eine präventive, nicht bloss kurierende Sozialpolitik. Eine umfassend verstandene Integrationspolitik – nicht nur für Zugewanderte – wird gleichwertig neben die Existenzsicherung gestellt.

So soll zum Beispiel die Frühförderung für Kinder ab Geburt verstärkt werden. Alle Politikfelder – Gesundheit, Bildung, Arbeiten, Bauen und Wohnen, Soziales und Alter – sollen vermehrt kooperieren. Die Städteinitiative verlangt ferner, die Sozialpolitik sei über alle drei staatlichen Ebenen zu koordinieren. Sie schlägt dafür eine Arbeitsplattform vor, den «Trialog Sozialpolitik Schweiz». Bundesrat Pascal Couchepin unterstützt die Weiterentwicklung und Realisierung des Trialogs gemeinsam mit der Sozialdirektorenkonferenz und der Städteinitiative Sozialpolitik.

Link zur Kurz- und Vollversion der Strategie 2015: <http://www.staedteinitiative.ch/de/main.php?inh=positionen>



## Agenda

### Schweizerischer Städteverband

20. Mai 2008

«Forum Nachhaltige Entwicklung» für  
Behördenmitglieder in Bern

Thema: «Nachhaltige Raumentwicklung»  
Eröffnungsreferat: Bundesrat Moritz  
Leuenberger.

• Weitere Auskünfte: Anne DuPasquier,  
Bundesamt für Raumentwicklung,  
anne.dupasquier@are.admin.ch  
oder 031 325 06 25

28. / 29. August 2008

Städtetag - «Agglomerationen – Fusi-  
on oder Zusammenarbeit?» in Lugano

Vertreterin Bundesrat: Micheline Calmy-  
Rey

• Weitere Auskünfte: Christina Grab,  
info@staedteverband.ch  
oder 031 356 32 32

### Kommunale Infrastruktur

16. - 18. April 2008

Betriebskostenrechnung und Mittel-  
fristplanung im Entsorgungsbetrieb,  
Teil 1  
Zürich/Glattbrugg

24. / 25. April 2008

Strassenmeisterkurs  
1/08 Nottwil

21. Mai 2008

Tagung: «Abfalllogistik & Separat-  
sammlung in der Gemeinde»  
Bern

28. - 30. Mai 2008

Betriebskostenrechnung und Mittel-  
fristplanung im Entsorgungsbetrieb,  
Teil 2  
Zürich/Glattbrugg

5. Juni 2008

Mitgliederversammlung Kommunale  
Infrastruktur  
Olten

2. - 4. September 2008

Betriebskostenrechnung und Mittel-  
fristplanung im Entsorgungsbetrieb,  
Teil 1  
Zürich/Glattbrugg

17. September 2008

Strassenmeister Tagung, Thema  
«Winterdienst»  
St. Gallen

23. - 25. September 2008

Betriebskostenrechnung und Mittel-  
fristplanung im Entsorgungsbetrieb,  
Teil 2  
Zürich/Glattbrugg

23. / 24. Oktober 2008

Strassenmeisterkurs  
2/08 Nottwil

13. November 2008

Workshop Führungsfragen  
Ort noch offen

• Weitere Auskünfte: Laura Fellmann,  
info@kommunale-infrastruktur.ch  
oder 031 356 32 32

### Städteinitiative Sozialpolitik

16. Mai 2008

Frühjahrskonferenz in Luzern

• Weitere Auskünfte: Geschäftsstelle  
Deutsche Schweiz, info@staedteinitiati-  
ve.ch oder 041 208 81 32

### Konferenz Städtischer Polizei- direktoren- und directorinnen

3. / 4. April 2008

Generalversammlung in Zug

4. September 2008

Sicherheitskongress, Thema «Häusli-  
che Gewalt» in Zürich

• Weitere Auskünfte: Christina Beurret,  
christina.beurret@zuerich.ch

### Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindegemeinder

13. Juni 2008

Generalversammlung in Neuenburg

• Weitere Auskünfte: Urs Müller,  
urs.mueller@wallisellen.zh.ch  
oder 044 832 62 40

## Impressum

Herausgeber:

Schweizerischer Städteverband (SSV)

Dr. Urs Geissmann, Direktor

Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Tel: 031/356 32 32

Fax 031 356 32 33

Internet: www.staedteverband.ch

E-Mail: info@staedteverband.ch

Der Newsletter des SSV erscheint in  
der Regel monatlich

